

Habecks fragwürdiger Subventions-Trick

Welt, 11.02.2024, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus250018424/Habecks-fragwuerdiger-Trick-fuer-seine-Kraftwerks-Subventionen.html?sc_src=email_5508935&sc_lid=553516044&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=6612&sc_cid=5508935&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Wirtschaftsminister Habeck will mindestens 20 neue Kraftwerke bauen. Sie sollen die Stromversorgung absichern, wenn der Ökostrom nicht reicht. Es wäre eines der größten Subventionsprogramme in Europas Stromsektor. Für die EU-Genehmigung greift Habeck zu einem fragwürdigen Trick.

Als die Ampelkoalition am vergangenen Montag ihre „Kraftwerksstrategie“ vorstellte, blieben die Reaktionen verhalten. Energieversorger und Industrieverbände rätseln, ob das lückenhafte Konzeptpapier wirklich Investoren davon überzeugen kann, kurzfristig Geld für den Bau von mindestens 20 neuen Kraftwerken locker zu machen. Denn die Frage nach Art und Höhe der staatlichen Förderung blieb ebenso offen wie die Zustimmung der europäischen Wettbewerbsbehörden zu den versprochenen Subventionen.

Die Kraftwerksstrategie ist für das Gelingen der Energiewende aber entscheidend, weil die Bundesregierung schon in sechs Jahren alle Kohlekraftwerke abschalten will, um das Land dann zu 80 Prozent allein aus Wind- und Solarkraftanlagen zu versorgen. Diese wetterabhängige Ökostrom-Produktion ist so flatterhaft, dass nach Einschätzung von Fachleuten bis dahin neue Gaskraftwerke mit mindestens 21 Gigawatt Leistung zur Absicherung neu gebaut werden müssen. Bislang fanden sich aber keine Investoren.

Mit dem Strategiepapier machte die Bundesregierung am Montag einen ersten kleinen Schritt: Fördergelder für den Bau von zunächst zehn Gigawatt sollen nun „kurzfristig“ ausgelobt werden, heißt es darin. Rein rechnerisch wären das 20 große Kraftwerke à 500 Megawatt. Schon in diesem ersten Stadium handelt es sich um eines der größten Subventionsprogramme im europäischen Stromsektor.

Die neuen Anlagen sollen nicht nur die abgeschalteten Atom- und Kohlekraftwerke ersetzen. Sie sollen auch als süddeutsches Gegengewicht zu den starken Windstrom-Einspeisungen in Norddeutschland eingesetzt werden, um eine Netzüberlastung auf der Nord-Süd-Achse zu verhindern. Bislang konnten die Netzbetreiber die stets drohende Überlastung nur durch teure, „Redispatch“ genannte Markteingriffe in den Griff bekommen, die auf der Stromrechnung der Verbraucher zuletzt mit 4,4 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche schlugen.

Der Neubau eines Kraftwerksparks ist damit essenziell für die Absicherung der Stromversorgung. Um so mehr wunderten sich Experten über ein Hintergrundpapier aus Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums. Darin behaupten die Beamten von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plötzlich, dass der milliardenschwere Kraftwerksbau eigentlich gar nicht so wichtig sei.

„Ist die Kraftwerksstrategie erforderlich, um Versorgungssicherheit 2030 zu gewährleisten?“ Auf die selbst gestellte Frage antwortet das Erklärpapier: „Nein. Das Versorgungssicherheitsmonitoring zeigt, dass auch bei einem vollständigen Kohleausstieg 2030 und ohne zusätzliche Maßnahmen die Versorgungssicherheit auf gewohnt hohem Niveau gewährleistet ist.“ Die mit vielen Milliarden anzureizenden Kapazitäten kämen lediglich „on top“ und leisteten nur „einen zusätzlichen Beitrag“.

Eine bemerkenswerte Relativierung, die in der Energieszene Rätselraten auslöste: Wie wolle Habeck eine Genehmigung der EU-Wettbewerbsbehörden für Subventionen von bis zu 20 Milliarden Euro erlangen, wenn er sagt, die Kraftwerke seien für die Versorgungssicherheit nicht wichtig? Für Prüfung und Ablehnung eines solchen Beihilfe-Antrags würde die EU-Generaldirektion Wettbewerb wohl keine fünf Minuten brauchen, mutmaßte ein Energiemanager.

Doch auf Nachfrage blieb ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums dabei: In ihrem Bericht zur Versorgungssicherheit von 2022 habe die Bundesnetzagentur festgestellt, dass der Kohleausstieg bis 2030 kein Problem sei, wenn „insbesondere über das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz KWKG“ eine Kapazität von 17 bis 21 Gigawatt an steuerbaren Kraftwerken zugebaut werden.

Fragwürdige Kalkulation des Ministeriums

„Die unterstellten Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung, damit sie bis 2030 die gewünschte Wirkung entfalten“, so der Habeck-Sprecher. „Mit der Kraftwerksstrategie wird nunmehr eine zusätzliche Maßnahme ergriffen und eine zusätzliche Absicherung geschaffen, damit kurzfristig steuerbare hochflexible und klimafreundliche Kraftwerkskapazitäten gebaut werden“, erklärte er.

Offenbar geht das Ministerium also davon aus, dass insbesondere das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz den Bau von 30 bis 40 neuen Kraftwerken bereits ausgelöst, also „in Umsetzung“ gebracht hat. Die 20 weiteren Anlagen aus der Kraftwerksstrategie kämen demnach quasi nur noch als Sahnehäubchen oben drauf, obwohl sie für die Versorgungssicherheit gar nicht wirklich gebraucht werden.

Diese Erklärung ist bemerkenswert, wenn nicht besorgniserregend. Denn in der Energiebranche hat niemand Kenntnis von „in Umsetzung“ befindlichen Kraftwerksplänen. Das müsste mindestens dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) bekannt sein, in dem mehr als 900 deutsche Stadtwerke organisiert sind, die größtenteils auf Stromerzeugung mit dieser Technik setzen.

Doch dort weiß man von nichts. „Die Aussage ist für uns nicht nachvollziehbar“, sagt VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Keines unserer Mitgliedsunternehmen plant auf Grundlage des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes derzeit den Bau neuer Anlagen.“ Die Aussage des Ministeriums könne gar nicht stimmen, denn schließlich laufe das Fördergesetz KWKG ja Ende 2026 aus.

Basiert die Energiewende-Planung des Wirtschaftsministeriums also auf Kraftwerken, die nur im Luftreich des Traums existieren? Des Rätsels Lösung dürfte zum Glück profaner sein. Denn es gibt für Habeck zwei Möglichkeiten, das Subventionsprogramm von Brüssel genehmigen zu lassen. Argumentiert er dort mit

Versorgungssicherheit, wird es schwierig: Nach den „Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen“ der EU-Kommission, Punkt 4.8, müsste er nachweisen, dass die Versorgung nicht auf andere Weise gesichert werden kann.

Doch aus Sicht der EU-Kommission gibt es durchaus eine Alternative, die ohne marktverzerrende Subventionen auskommt: die Teilung des bislang einheitlichen deutschen Strommarktes in zwei oder mehr „Gebotszonen“. Dies hätte zur Folge, dass Strom im Süden teurer und in Norddeutschland billiger wird. Kraftwerksbauer hätten dann automatisch einen Anreiz, neue Anlagen in Süddeutschland zu bauen, wo sie „netzdienlich“ sind – denn dort würden sie höhere Erträge einfahren. In Schweden und anderen Ländern wurden solche Strompreiszonen bereits eingerichtet.

Für die Bundesregierung ist dieser von EU-Regularien vorgezeichnete Weg jedoch ein No-Go: Denn wenn Bayern wegen Habecks Kraftwerksstrategie zur Hochpreiszone für Elektrizität wird, wäre der politische Flurschaden immens. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) würde politisch und medial nichts unversucht lassen, die wirtschaftliche Benachteiligung seines Bundeslandes abzuwenden.

Damit bleibt Habeck nur die zweite Möglichkeit, sein Subventionsprogramm genehmigt zu bekommen: Er behauptet in Brüssel, die Kraftwerksstrategie habe nichts oder wenig mit Versorgungssicherheit zu tun. Statt Beihilfen nach Punkt 4.8 der EU-Leitlinie zu beantragen, wird er sich auf Punkt 4.1 berufen: „Beihilfen zur Verringerung und zum Abbau von Treibhausgas-Emissionen“. Solche Anträge nickt Brüssel meist schnell ab, da sie auf das EU-eigene Ökoprogramm „Fit-for-55!“ einzahlen.

Um auf diesem Weg durchzukommen, schreckt das Wirtschaftsministerium offenbar nicht vor der fragwürdigen und im Grunde wahrheitswidrigen Behauptung zurück, ein Kraftwerksneubau über 17 bis 21 Gigawatt sei bereits „in Umsetzung“, so dass jede weitere Subvention mit Versorgungssicherheit nichts mehr zu tun habe.

Ob Brüssel den Trick durchschaut oder sogar in einem politisch abgekarteten Spiel mitmacht, ist unklar. Jedenfalls würden die EU-Prüfer erklären müssen, warum Milliarden-Subventionen für Kraftwerke, die noch bis 2035 mit fossilem Erdgas betrieben werden dürfen, angeblich in erster Linie dem „Abbau von Treibhausgas-Emissionen“ dienen – nachdem das antragstellende Land kurz zuvor seine klimafreundlichen Kernkraftwerke abgestellt hat.